

18.11.2021

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 17/14700 und 17/15600 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Einzelplan 07 - Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

Berichtersteller

Abgeordneter Stefan Zimkeit

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 07 wird unverändert angenommen.

Bericht

A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 07 wurde vom

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	mündlich
und vom	
- Integrationsausschuss	mündlich

beraten. Der Erläuterungsband zum Einzelplan 07 lag mit Vorlage 17/5517 vor.

Dem Integrationsausschuss lagen außerdem die Vorlagen 17/5755, 17/5779 und die Vorlage 17/5835 vor. Dem Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend lagen die Vorlagen 17/5822 und 17/5927 vor.

- a) Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat am 1. November 2021 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen keine Änderungsanträge zur Abstimmung vor. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wurde anschließend mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD unverändert angenommen.
- b) Der Integrationsausschuss hat in seinen Sitzungen am 15. September 2021, 29. September 2021 und in seiner Sitzung am 10. November 2021 abschließend beraten und abgestimmt. Es lagen keine Änderungsanträge vor. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Integrationsausschusses, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattegesprächs

Ein Berichterstattegespräch war entbehrlich. Der Vollständigkeit halber wird auf das Ausschussprotokoll der Haushaltsklausur des HFA APr. 17/1560 verwiesen.

C Votum des Unterausschusses Personal

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/6024 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 16. November 2021 abgegeben.

Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Personaletat zum Einzelplan 07 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und der AfD-Fraktion in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unverändert angenommen.

D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/15720 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Drucksache 17/15700.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 18. November 2021 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 07 befasst. Dort lagen insgesamt 20 Änderungsanträge der Fraktionen vor. Die Antragstellung und das jeweilige Abstimmungsergebnis ergeben sich aus dem Anhang. Alle Änderungsanträge wurden abgelehnt.

E Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 07 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion **unverändert angenommen**.

Martin Börschel
Vorsitzender

Anhang: 2 Änderungsanträge der Fraktion der SPD
1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
17 Änderungsanträge der Fraktion der AfD

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 010 Ministerium Titel 539 00 NEU Ressortübergreifende Kinder- und Jugendstrategie für NRW</p> <p>Anbringung eines Baransatzes von 5.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Vielfältige und niedrigschwellige Beteiligungs- und Ergebnisformate sowie ein systematischer Kinder- und Jugendcheck brauchen Ressourcen, um die Rahmenbedingungen für eine Eigenständige und Einmischende Kinder- und Jugendpolitik krisenfest und dauerhaft – und unabhängig von „den Erwachsenen“ oder der amtierenden Regierung zu etablieren. Um die Infrastruktur für eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik krisenfest und zukunftssicher auszugestalten, bedarf es einer dauerhaften strukturellen Stärkung der Rahmenbedingungen und Ressourcen, damit Kinder und Jugendliche überall in NRW von ihrem Recht auf Partizipation in ihrer Lebenswelt auch tatsächlich Gebrauch machen können.</p> <p>Die enge Verzahnung mit den entsprechenden Forschungseinrichtungen, kommunalen Spitzenverbänden, der Zivilgesellschaft, der organisierten Interessensvertretung und dem repräsentativen Einbezug nicht-organisierter junger Menschen ist dabei umfassend zu gewährleisten.</p> <p>Eine Kinder- und Jugendstrategie für NRW stößt diesen Prozess an und begleitet ihn. Sie soll mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gemeinschaftlich erarbeitet und umgesetzt werden. Echte Beteiligung ist anstrengend und sehr ressourcenintensiv. Deshalb braucht es ausreichende Ressourcen sowie die</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

		<p>Möglichkeit bestehende und zukünftige Partizipationsmöglichkeiten niedrigschwellig und unkompliziert entwickeln zu können. Dabei ist eine fundierte wissenschaftliche Begleitung zu gewährleisten. Ein wissenschaftsbasiertes, politisch unabhängiges Gremium soll mit der Erarbeitung einer solchen Strategie beauftragt werden.</p> <p>Es soll in diesem Zuge ein landesweiter Kinder- und Jugendcheck sowie transparente, wirkungsvolle und gesellschaftliche repräsentative Partizipationsformate für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene entwickelt werden, die eine breite Berücksichtigung unterschiedlicher Interessenslagen gewährleisten. Ein Mix aus vielfältigen Beteiligungsformaten inkl. 1000-Stimmen-, sowie 100-Kita-Befragungen und einem Kinder- und Jugend-Monitoring ist dafür notwendig.</p> <p>In NRW gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status des Elternhauses und dem Bildungserfolg der Kinder, der sich in der Tendenz sogar verstärkt. Deshalb ist es bei der Etablierung einer Kinder- und Jugendstrategie NRW einen verstärkten Fokus auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu legen, die in Armut aufwachsen und damit im Vergleich zu ihren Altersgenossinnen und -genossen ohnehin sozial-, bildungs- und entwicklungsbenachteiligt sind. Diese Ungleichheit gilt es strukturell, dauerhaft und prioritär auszugleichen, sowohl mit Blick auf ihre spezifischen Bedürfnisse, als auch auf die Gewährleistung ihrer Beteiligung an politischen Entscheidungen.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titel 547 13 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bereiche Familiendienste, Familienhilfe, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 2.500.900 Euro</td> <td>2.506.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 342.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.158.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Kürzung der Mittel für LSBTI i.H.v. 2500 Euro und der Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit i.H.v. 340.000 Euro.</p> <p>Die Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit ist damit betraut, in KMUs Diversity zu fördern. Angesichts eines massiven Fachkräftemangels kann sich kein Unternehmen eine Diskriminierung leisten.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 2.500.900 Euro	2.506.600 Euro	um 342.500 Euro		auf 2.158.400 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 2.500.900 Euro	2.506.600 Euro																				
um 342.500 Euro																					
auf 2.158.400 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 75 Förderung der Politik Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle* LSBTI</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 2.357.400 Euro</td> <td>1.687.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.857.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Mittel für Projekte gegen Gewalt von 450.000 Euro auf 500.000 Euro. Streichung der Mittel zur Förderung der Selbsthilfe und der psychosozialen Arbeit in Höhe von 1.907.400 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Immer öfter werden Homosexuelle Opfer von Gewalt. Deshalb sind die Mittel für Projekte dagegen zu erhöhen.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 2.357.400 Euro	1.687.400 Euro	um 1.857.400 Euro		auf 500.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 2.357.400 Euro	1.687.400 Euro																				
um 1.857.400 Euro																					
auf 500.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

	<p>SJD Falken – 2.491.270 Euro</p> <p>Naturfreundejugend – 513.533 Euro</p> <p>BUND Jugend – 137.446 Euro</p> <p>Falken Bildungs- und Freizeitwerk NRW e.V. - 259.611 Euro</p> <p>LAG Kath. Jugendsozialarbeit NRW – 258.005 Euro</p> <p>DIDDF- Jugend NRW – 137.446 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die parteinahen Vorfeldorganisationen für die Jugend sollten unabhängig von staatlicher Einflussnahme sein. Außerdem verfügen die Mutterorganisationen über genug Vermögen, um sie privat zu finanzieren.</p> <p>Die Sozialverbände in Deutschland und somit ihre Jugendorganisationen verhalten sich außerdem politisch nicht neutral.</p> <p>Den anderen Organisationen sollten aufgrund zweifelhafter politischer Beziehungen die Gelder gekürzt werden. Sie agieren z.B. wie auch die DGB Jugend mit der Antifa im Rahmen von Demonstrationen zusammen.</p>	
--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Titelgruppe 69 Kostenerstattung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise gemäß §89d SGB VII</p> <p>Titel 663 69 Sonstige Zuweisungen der den örtlichen Trägern der Jugendhilfe durch Leistungsgewährungen nach §89d SGB VIII entstandenen Kosten</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 350.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">350.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 150.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 200.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Es ist bekannt, dass viele der unbegleiteten Minderjährigen eigentlich volljährig sind. Es finden nur keine effektive Altersfeststellung in NRW statt z.B. durch eine Röntgenuntersuchung. Es ist davon auszugehen, dass mindestens ein Viertel der „minderjährigen“ Migranten eigentlich keine sind. Außerdem dürfen diese Leistungen nicht mehr an volljährige Flüchtlinge gewährt werden.</p> <p>Der Ansatz ist bewusst konservativ gewählt.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 350.000.000 Euro	350.000.000 Euro	um 150.000.000 Euro		auf 200.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 350.000.000 Euro	350.000.000 Euro																				
um 150.000.000 Euro																					
auf 200.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2022**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis										
	GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 Kinder und Jugendhilfe Titelgruppe 90 Maßnahmen im Bereich des Kinderschutzes</p> <p>Ergänzung der Erläuterungen</p> <p>Die Erläuterungen zur Titelgruppe 90 werden um folgenden Satz ergänzt: <i>„Ein Anteil der etatisierten Mittel in Höhe von 700.000 Euro ist für die Stelle eines*r unabhängigen Beauftragten für den Kinder- und Jugendschutz in NRW zu verwenden.“</i></p> <p>Begründung: Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs der Bundesregierung konnte auf der Bundesebene auf das Thema sexualisierte Gewalt hinweisen und einen Beitrag zur gesellschaftlichen Sensibilisierung leisten. Die Stelle eines*r unabhängigen Beauftragten für den Kinder- und Jugendschutz in NRW ist in den Bemühungen für einen besseren Kinder- und Jugendschutz wichtig, um gegen die verschiedenen Gewaltformen insbesondere sexualisierte Gewalt in NRW vorzugehen. Für die Wahrnehmung der Aufgaben muss die Stelle mit Personal- sowie Sachmitteln so ausgestattet werden, das u.a. Forschungsaufträge erteilt, Fachgespräche organisiert und Publikationen finanziert werden können.</p>	<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AFD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
CDU	nein												
SPD	ja												
FDP	nein												
GRÜNE	ja												
AFD	nein												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Umsetzung integrationspolitischer Maßnahmen</p> <p>Titel 547 12</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2022</td> <td style="width: 60%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>2.801.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.801.700</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>801.700 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Streichung der Kampagnen im Themenbereich „Werbung für den öffentlichen Dienst für Menschen mit Einwanderungsgeschichte“ sowie der Mittel für die Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW“.</p>	2022		Ansatz lt. HH 2021	von	2.801.700 Euro	2.801.700	um	801.700 Euro		auf	2.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2022		Ansatz lt. HH 2021																							
von	2.801.700 Euro	2.801.700																							
um	801.700 Euro																								
auf	2.000.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	nein																								
FDP	nein																								
GRÜNE	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</p> <p>Titel 633 40 NEUER TITEL Antidiskriminierungsstelle des Landes NRW</p> <p>Einstellung eines Baransatzes von 200.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung ist heute wichtiger denn je. Rassismus und Diskriminierung gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie stehen in einem krassen Kontrast zu einer offenen und demokratischen Grundordnung und führen zu Benachteiligung und Ausgrenzung. Vor allem müssen sich von Rassismus und Diskriminierung betroffene Personen, auf den Rechtsstaat verlassen können. Dafür ist es unabdingbar, dass die Landesregierung die bereits vorhandenen Strukturen stärkt, ausbaut und in ihrer Arbeit unterstützt. Die vorhandenen Servicestellen gegen Diskriminierung müssen mehr Sichtbarkeit erhalten. Unsere Vision ist eine diskriminierungsfreie und chancengerechte Gesellschaft, in der sich jeder frei entfalten kann. Neben der bereits gut ausgebauten landesweiten Infrastruktur, benötigen wir eine landesweite Stelle, die in unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche wirken kann. In die Politik, die Wissenschaft und die Öffentlichkeit. Dafür wollen wir eine Antidiskriminierungsstelle des Landes in NRW, am Beispiel der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, einrichten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titel 685 10 Zuschuss an die Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI), Essen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 741.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">741.600</td> </tr> <tr> <td>um 741.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Einstellung der freiwilligen institutionellen Förderung des Landes NRW. Es besteht kein weiterer Forschungsbedarf in diesem Zusammenhang.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 741.600 Euro	741.600	um 741.600 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021										
von 741.600 Euro	741.600										
um 741.600 Euro											
auf 0 Euro											

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 517 01 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude, und Räume(i.V.m. 517 04; 518 01; 519 03; 547 13)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2022</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>25.996.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">25.996.500</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2.996.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>23.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Reduzierung der ZUE-Standorte als Anpassung an den Minderbedarf. Die ZUE sind nicht ausgelastet und können somit teilweise zusammengelegt werden. Mit Stand vom 31.10.2021 beträgt die Auslastung der aktiven Kapazität in den ZUE und EAE 59 %. Die coronabedingte Sperrung um aktuell 25 % der aktiven Kapazität lässt sich weiter reduzieren, da alle Bewohner ein Impfangebot erhalten haben. Die maximale Belegung der Zimmer mit 6 (statt 8) Personen erfolgt ohne wissenschaftliche Grundlage. Lediglich 3,6 % der Asylbewerber sind 50 Jahre oder älter. Der Anteil der besonders vulnerablen Gruppe ist daher – anders als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – gering. [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/452149/umfrage/asylbewerber-in-deutschland-nach-altersgruppen/]</p>	2022		Ansatz lt. HH 2021	von	25.996.500 Euro	25.996.500	um	2.996.500 Euro		auf	23.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2022		Ansatz lt. HH 2021																							
von	25.996.500 Euro	25.996.500																							
um	2.996.500 Euro																								
auf	23.000.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	nein																								
FDP	nein																								
GRÜNE	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 547 10 Ausgaben für die Betreuung von Bewohnern von Aufnahmeeinrichtungen des Landes</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 321.312.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">378.911.500</td> </tr> <tr> <td>um 21.312.900 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 300.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Anpassung an den Minderbedarf im Zuge der Reduzierung der ZUE-Standorte. Mit Stand vom 31.10.2021 beträgt die Auslastung der aktiven Kapazität in den ZUE und EAE 59 %. Die coronabedingte Sperrung um aktuell 25 % der aktiven Kapazität lässt sich weiter reduzieren, da alle Bewohner ein Impfangebot erhalten haben. Die maximale Belegung der Zimmer mit 6 (statt 8) Personen erfolgt ohne wissenschaftliche Grundlage. Lediglich 3,6 % der Asylbewerber sind 50 Jahre oder älter. Der Anteil der besonders vulnerablen Gruppe ist daher – anders als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – gering. [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/452149/umfrage/asylbewerber-in-deutschland-nach-altersgruppen/]</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 321.312.900 Euro	378.911.500	um 21.312.900 Euro		auf 300.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 321.312.900 Euro	378.911.500																				
um 21.312.900 Euro																					
auf 300.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 547 17 Sachliche Verwaltungsaufwendungen für die Unterstützung und Beratung der Kommunen im Ausländer- und Einbürgerungswesen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 650.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 650.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Diese Aufgaben können durch die kommunalen Ausländerbehörden und die Zentralen Ausländerbehörden (ZUE) übernommen werden.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 650.000 Euro	250.000 Euro	um 650.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 650.000 Euro	250.000 Euro																				
um 650.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 10 Erstattung der Kosten der Zentralen Ausländerbehörden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2022</td> <td style="width: 60%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>46.962.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">43.850.000</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>96.962.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Deckung des Mehrbedarfs u.a. für die personelle Aufstockung der bestehenden 8 ZAB in Köln, Unna, Coesfeld und Essen sowie für die räumliche Unterbringung des zusätzlichen Personals. Aufbau von 2 weiteren ZUE in den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf. Federführende Übernahme weiterer Aufgaben wie der Rückkehrberatung, der sozialen Flüchtlingsberatung oder des Kommunalen Integrationsmanagements.</p>	2022		Ansatz lt. HH 2021	von	46.962.000 Euro	43.850.000	um	50.000.000 Euro		auf	96.962.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2022		Ansatz lt. HH 2021																							
von	46.962.000 Euro	43.850.000																							
um	50.000.000 Euro																								
auf	96.962.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	nein																								
FDP	nein																								
GRÜNE	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 40 Förderung der Flüchtlingsarbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2022</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>418.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">385.000</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>418.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Einstellung der freiwilligen institutionellen Förderung des Flüchtlingsrats NRW. Übertragung der Aufgabe des Beschwerdebeauftragten der UfA Büren an den Beschwerdebeauftragten der Landesregierung für die Landesunterkünfte.</p>	2022		Ansatz lt. HH 2021	von	418.100 Euro	385.000	um	418.100 Euro		auf	0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">CDU</td> <td style="width: 70%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2022		Ansatz lt. HH 2021																							
von	418.100 Euro	385.000																							
um	418.100 Euro																								
auf	0 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	nein																								
FDP	nein																								
GRÜNE	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushalt 2022**

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 41 Soziale Beratung von Geflüchteten</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 35.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">35.000.000</td> </tr> <tr> <td>um 35.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Einstellung der freiwilligen Leistungen des Landes NRW. Federführende Verlagerung notwendigen Leistungen an die ZAB und Abbau von Doppelstrukturen außerhalb der Aufnahmeeinrichtungen des Landes.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 35.000.000 Euro	35.000.000	um 35.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 35.000.000 Euro	35.000.000																				
um 35.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

